

Dr. Willibold Frehner

Country Representative to Vietnam

Second floor, Rainbow building

7 Trieu Viet Vuong Street

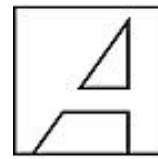
Hanoi, Vietnam

Tel : (0084-4) 9432791 / 9432792

Fax : (0084-4) 9432790

Email : frehner.kas.hanoi@fpt.vn

Website : www.kas.de



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

50 Jahre Kompetenz weltweit

VIETNAM: Politische Rahmenbedingungen 2006

Vietnam, eine sozialistische Republik mit einem Einparteiensystem, befindet sich in einer Phase tiefgreifender Umbrüche und Transformation, die auch in den kommenden Jahren die aktuelle politische Situation bestimmen wird. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sind dabei, sich neu zu orientieren und sich neu zu sortieren. Die bereits vollzogenen und noch bevorstehenden, einschneidenden Veränderungen in relativ kurzen Zeiträumen lassen sich nicht ohne Friktionen und Widersprüche in Wirtschaft, dem politischen System und der Gesellschaft bewerkstelligen. In diesem Umstrukturierungs- und Modernisierungsprozess werden permanent Fragen des Verhältnisses und der Zuordnung von Regierung, Partei, Wirtschaft und Gesellschaft gestellt. Diskussionen um die Geschwindigkeit der Veränderungen sind normal und Konflikte, um die Abgrenzung einzelner Interventionsebenen treten immer wieder zu Tage.

Vietnam, mit 83 Millionen Menschen, zweitgrößtes Land in ASEAN, gehört, trotz aller Veränderungen und Fortschritte in den letzten Jahren, noch immer der Gruppe von Ländern an, die als unterentwickelt gelten. Wesentliche Indikatoren dafür sind: Geringes Pro-Kopf-Einkommen (125. Stelle in der Welt), niederer Human-Development-Index (108. Stelle in der Welt) und geringe Infrastrukturausstattung (Elektrizität, Verkehr, Ausbildung, Bewässerung, Umwelt). Aber auch Korruption (Korruptionsindex: Stelle 107), Überbürokratie und unzureichende demokratische und rechtsstaatliche Strukturen sind Indikatoren für die noch immer bestehende Unterentwicklung.

Vietnam on the World's rankings:

Human Development Report:	108 of 177 countries
Corruption Perception Index:	107 of 159 countries
Growth Competitiveness:	81 of 117 countries
Economic Freedom Index:	142 of 157 countries
E-Government Index:	112 of 191 countries

Situation 2006:

- Das politische System ist stabil, aber noch nicht demokratisch.
- Die Regierung ist reformorientiert, die Umsetzung erfolgt in kleinen Schritten, im politischen System gibt es erste positive Veränderungen.
- Echte demokratische Wahlen oder Bürgerbeteiligungen gibt es noch nicht.
- Die Dezentralisierung der Macht wurde erst begonnen.
- Eine wirkliche Gewaltenteilung wurde noch nicht umgesetzt. Die Dominanz der KPV ist ungebrochen.
- Die Bürgerrechte werden stärker beachtet, aber rechtsstaatliche Strukturen gibt es nur in ersten Ansätzen.
- Das Gesellschaftssystem ist im Umbruch, traditionelle Familienverbände lösen sich langsam auf, eine Zivilgesellschaft bildet sich heraus.
- Die ausufernde Korruption wird nur zaghafte bekämpft.
- Die Bürokratie ist allgegenwärtig, die Kontrolle der Gesellschaft ist hoch, politische Opposition wird nur begrenzt geduldet.
- Die Meinungsvielfalt wird größer, die Meinungsfreiheit ist noch begrenzt.
- Eine Marktwirtschaft wurde eingeführt, das Warenangebot ist umfassend, neue Einkommensmöglichkeiten wurden geschaffen.
- Freies Unternehmertum ist möglich, aber der Staatssektor ist noch sehr groß.
- Die Infrastrukturausstattung des ganzen Landes ist unzureichend.
- Die sozialen Probleme, sowohl im ländlichen, als auch im städtischen Bereich, sind gravierend.
- Die Armut ist trotz großer wirtschaftlicher Fortschritte noch nicht überwunden.
- Die internationale Integration wird vollzogen. Die Mitgliedschaft in der WTO steht an.
- Vietnam ist Mitglied in ASEAN, APEC und ASEM und spielt international eine aktive Rolle.

Wichtige Daten für das Jahr 2006:

- Bevölkerung: 83 Millionen (13. Stelle in der Welt)
- Fläche: 330.991 Quadratkilometer
- Bevölkerungsdichte: 245 Personen/qkm
- Alphabeten: 90 %
- Bevölkerung unter der Armutsgrenze: 24 %
- Lebenserwartung: 72 Jahre
- Altersverteilung: 40 % der Bevölkerung ist jünger als 20 Jahre
- Work force: 45 Millionen
- In der Landwirtschaft tätig: 50 %
- Durchschnittsgröße der bäuerlichen Betriebe: 0,7 ha
- Drei Autos/1.000 Einwohner
- Pro-Kopf-Einkommen: Rund US\$ 640,-/Jahr
- Inflation: 9,5 % in 2004 und 9 % in 2005

Wirtschaftswachstum:

GDP growth (%):	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	6,8	6,79	6,89	7,04	7,24	7,69	8,4

Zielsetzungen Vietnams für 2010:

- Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung von US\$ 950,- bis 1.000,-;
- Wirtschaftswachstum von jährlich 7,5 – 8 %;
- Reduzierung der armen Bevölkerung auf unter 16 % an der Gesamtbevölkerung;
- Schaffung von 10 Millionen neuen und zusätzlichen Arbeitsplätzen;
- Sauberes Trinkwasser für 100 % der Bevölkerung in den Städten und 80 % der Bevölkerung in ländlichen Regionen;
- 40 % der Arbeitskräfte soll eine Berufsausbildung haben;
- 20 % der Bevölkerung soll Zugang zum Telefonnetz haben;
- Tiefgreifende Reformen der Wirtschaft und der Verwaltung;
- Privatisierung staatseigener Betriebe;
- Reform des Bildungswesens und des Gesundheitswesens;
- Neuordnung des Rechtswesens und Aufbau eines Rechtsstaates;
- Weiterentwicklung von Demokratie, Transparenz und dem Recht auf Information.

Wichtige Programmpunkte für die kommenden Jahre müssen deshalb sein:

- ▶ Schaffung von Wohlstand durch Wirtschaftswachstum in einem System der sozialen Marktwirtschaft und der Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am zunehmenden Wohlstand;
- ▶ Weiterentwicklung und Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zum Wohle der Menschen;
- ▶ Die Schaffung einer sozial ausgewogenen, dynamischen und demokratischen Gesellschaft und die Gewährung aller Menschenrechte für alle Menschen in Vietnam;
- ▶ Die Bewältigung des begonnenen Strukturwandels durch geeignete Reformen und Anpassungsprogramme;
- ▶ Die Weiterentwicklung von Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaat auf allen Ebenen, die Stärkung und Ausprägung von Strukturen einer Zivilgesellschaft;
- ▶ Die Förderung von privatem Unternehmertum und der Ausbau der Infrastruktur des Landes;
- ▶ Erhöhung des schulischen und universitären Ausbildungsniveau;
- ▶ Die Bekämpfung von Korruption und Überbürokratie.

Die Sozialistische Republik Vietnam (bis 1975 noch: Demokratische Republik Vietnam) wurde, nach der vom späteren Präsidenten Ho Chi Minh angeführten Revolution, am 02. September 1945 als unabhängiger Staat proklamiert. Nach dem Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen mit Frankreich (1946 – 1954) und den USA (bis 1975) wurde 1976 der Süden mit dem sozialistischen Norden des Landes wiedervereinigt.

Vietnam ist eine sozialistische Republik mit einem Einparteiensystem. Mit ihrem Reformkurs verfolgt die Kommunistische Partei Vietnams (KPV), als Motor der Veränderungen, seit 1986 eine Politik der Umgestaltung und Erneuerung, die im ökonomischen Bereich die Einführung einer Variante der Marktwirtschaft brachte und auch im politischen Bereich eine deutliche Bereitschaft zur Öffnung von Politik und Gesellschaft, hin zu mehr Demokratie und Rechtsstaat zeigt.

Die Bevölkerung Vietnams umfasst derzeit rund 83 Millionen Menschen. Jährlich drängen durch das Bevölkerungswachstum rund 1,3 Millionen Menschen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt. Für das Jahr 2020 kann davon ausgegangen werden, dass in Vietnam rund 110 Millionen Menschen leben werden. Zusätzliche Infrastruktur wird erforderlich. Straßen, Elektrizität, Schulen, Kindergärten und vor allem Jobs werden benötigt. Auf die Erhaltung der Umwelt wird derzeit noch viel zu wenig Wert gelegt. Eine nachhaltige Entwicklung bedingt aber eine lebenswerte Umwelt.

POPULATION

Population: 83,12 mil. (increased 1,33%)

- Female: 50,8%
- Male: 49,2%
- Living in urban areas: 26,8%
- Living in rural areas: 73,2%

LABOUR FORCE

Labour force: 42,71 mil.

Newly added: 1,1 mil.

- Agriculture, forestry, and aquaculture: 56,8%
- Industrial and construction: 17,9%
- Services: 25,3%
- Urban unemployment rate: 5,3%

Marktwirtschaftlich orientierte Aktivitäten haben in den letzten Jahren immens zugenommen (Vietnam hat seit Jahren eine der am stärksten wachsende Volkswirtschaft der Welt), auch wenn staatliche Regulierungen und Behinderungen aus dem sozialistischen Erbe noch systemimmanent sind. Erhebliche wirtschaftliche Verbesserungen und – vor allem in den urbanen Regionen – sichtbare Einkommenssteigerungen bei der Bevölkerung, durch neue wirtschaftliche Möglichkeiten sind positive Ergebnisse der ersten Reformbemühungen.

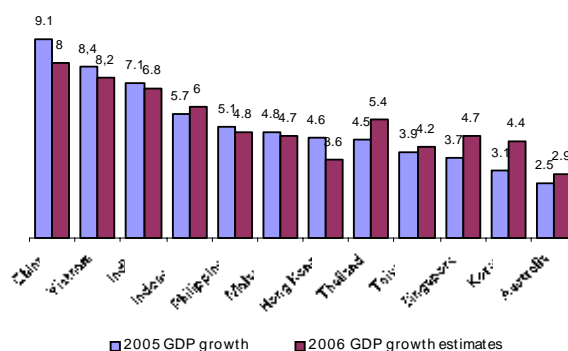
Die Erfolge des 1986 begonnenen ökonomischen Reformprogramms „Doi Moi“, gingen einher mit einer erfolgreichen internationalen Öffnung des bis Ende der 80er Jahre praktisch ausschließlich auf die Staatshandelsländer fixierten Landes.

Vietnams Wirtschaft zählt zu den stark wachsenden Volkswirtschaften der Region. Dabei schreitet die Entwicklung in den urbanen Zentren deutlich schneller voran als in den abgelegenen, ländlichen Regionen, in welchen noch agrarische Strukturen dominieren. Das Wachstum des BSP betrug im Jahr 2005 rund 8,4 %. Das Pro-Kopf-Einkommen beträgt nun US\$ 640,--.

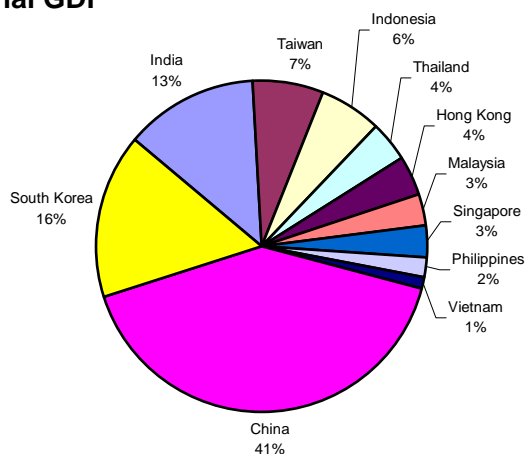
In den vergangenen Jahren hat sich die Größe der vietnamesischen Volkswirtschaft verdoppelt, während sich die absolute Armut von rund 70 % der Bevölkerung auf etwa 24 % reduzierte. Im selben Zeitraum ist das Volumen vietnamesischer Exporte um durchschnittlich 25 % pro Jahr angewachsen. Die Auslandsinvestitionen stiegen von 169 Mio. US-Dollar (1990) auf 3,9 Mrd. US-Dollar (2005). Die Inflation konnte im einstelligen Bereich gehalten und ein im regionalen Vergleich überdurchschnittlich hohes BIP-Wachstum erzielt werden (1998 – 2005 durchschnittlich rund 7 %. Das ist nach China das zweithöchste Wachstum in Asien).

Vietnam in comparison with other countries

Regional real GDP growth (%)



2004 nominal GDP



Die am 15. August 2002 erfolgte Verfassungsänderung unterstreicht die endgültige Abkehr der politischen Führung von einer zentralverwalteten Planwirtschaft und die Festlegung auf eine sogenannte „Sozialistische Marktwirtschaft“ (socialist-oriented market economy).

Die Wirtschaftskraft des Landes muss in den nächsten Jahren noch erheblich gesteigert werden, um die Probleme auf dem Arbeitsmarkt anzugehen, um die gravierenden sozialen Probleme zu mildern und um breiten Wohlstand der Bevölkerung zu schaffen. Weitere wirtschaftliche Reformen mit dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen, sind dringend nötig, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken, um binnenwirtschaftliche Nachfrage zu schaffen, um ausländische Investitionen anzulocken und um den internationalen Handel zu intensivieren.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung, die außenwirtschaftliche Öffnung und der Wunsch nach einer Verbesserung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung, sind in Vietnam die Triebfedern für politische Veränderungen. Rechtssicherheit ist eine wesentliche Grundlage für Investoren und für das angestrebte, erhoffte und dringend benötigte Wirtschaftswachstum. Um dieses Wirtschaftswachstum zu garantieren und um Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten zu erlangen, müssen deshalb verstärkt Prinzipien des Rechtsstaats verankert werden. Wirtschaftliches Wachstum mit steigendem Wohlstand und eine verlässliche Rechtsstaatsordnung bedingen sich gegenseitig.

Die wirtschaftlichen Neuorientierungen und die Politik der wirtschaftlichen Öffnung, führten in den letzten zehn Jahren zu gravierenden Veränderungen des politischen Systems und der politischen Machtverteilung. Die Dominanz der Politik (vor allem die KPV und die Regierung) über die Wirtschaft, wurde erkennbar verringert, ist aber immer noch sehr stark ausgeprägt. Die zuletzt im Jahr 2002 geänderte 5. Verfassung von 1992 hält zwar weiterhin am politischen Primat der Kommunistischen Partei fest, aber mit dem expliziten Auftrag, einen Rechtsstaat zu entwickeln und demokratische Strukturen entstehen zu lassen.

Erste Ansätze der politischen Transformation hin zu einer westlichen Demokratie sind vorhanden. Die Regierung verabschiedete verschiedene Gesetze (Grassroots Democracy, Aufbau eines Rechtsstaates, Dezentralisierung des Staatsaufbaues), um verstärkt demokratische Entscheidungsstrukturen, vor allem auf lokaler Ebene, zu etablieren. Vielen staatlichen Stellen liegt jedoch noch immer ein Demokratieverständnis zugrunde, das nicht westlichen Vorstellungen entspricht.

Die Reform der öffentlichen Verwaltung ist ein enorm wichtiger Teil der Erneuerung des politischen Systems in Vietnam. Dezentralisierung, Demokratisierung und Modernisierung sind Orientierungen für die zukünftigen Strukturen der öffentlichen Verwaltung und bei der Ausgestaltung des Staatsapparates.

Der Führungsanspruch der KPV als Lenkerin von Staat und Gesellschaft ist verfassungsrechtlich festgeschrieben. Beschlüsse des KPV-Politbüros sind bindend, auch wenn diese zunehmend vom Parlament, das dabei ist, eine wichtigere Rolle zu spielen, diskutiert und in Frage gestellt werden. Allerdings reicht die Macht der KPV im Wesentlichen auf die zentrale staatliche Ebene, während Provinzautoritäten einen relativ großen Entscheidungs- und Handlungsspielraum besitzen. Die Toleranz gegenüber parteiinterner Kritik ist in der Vergangenheit erheblich gewachsen und nimmt erheblich zu. Dies gilt weniger für Opposition außerhalb des Staats- und Parteiapparats, auch wenn diese nun vernehmlich lauter wird. Vereinzelt geäußerte Forderungen nach einem Mehrparteiensystem und der Aufhebung von Zensur und Kontrolle werden noch immer kategorisch zurückgewiesen.

Freie und demokratische Wahlen, vergleichbar mit westlichen Demokratien, gibt es noch nicht. Die letzten „Wahlen“ zur Nationalversammlung (Mai 2002) haben jedoch ein heterogeneres Spektrum an Mandatsträgern hervorgebracht (z.B. unabhängige Kandidaten, Vertreter ethnischer Minderheiten und religiöser Gruppen, Unternehmer etc.), als dies bei früheren Abstimmungen der Fall war. De Jure verfügt die zweimal im Jahr tagende Nationalversammlung über das Gesetzgebungs-, Planungs- und Personalernennungsrecht. Sie bestätigt de facto aber noch immer in der Mehrzahl der Fälle, die von den Organen der Partei festgelegten Fünfjahrespläne und die in den Ausschüssen der Partei getroffenen Entscheidungen oder Vorlagen.

Seit 1996 hat die Nationalversammlung die Parteiführung zunehmend herausgefordert und eigene Meinungsbildung betrieben. Besonders im Anschluss an die Wahlen von 2002 hat sich die Nationalversammlung auch zum Ort relativ kritischer Debatten entwickelt. Oppositionsparteien, unabhängige Gewerkschaften, politisch agierende Verbände sind noch verboten. Lediglich die in der Vaterländischen Front vereinigten Einheitsgewerkschaften, Bauernverbände, Frauen- und Jugendverbände, allesamt von der KP protegiert, dürfen agieren. Zivilgesellschaftliche Gruppen können dann tätig werden, wenn sie nicht explizit das Herrschaftsmonopol der KPV in Frage stellen.

Die Kommunistischen Organisationen, wie die Einheitsgewerkschaften, die Bauernverbände und die vaterländische Front gelten noch immer als Rückgrat des politischen Systems, verlieren aber mehr und mehr an Bedeutung. Nationale Nichtregierungsorganisationen (NGO), Selbsthilfeorganisationen und Genossenschaften westlicher Prägung, können seit einigen Jahren aktiv sein, so dass erste zivilgesellschaftliche Strukturen zu erkennen sind. Insbesondere im ländlichen Bereich sind solche Organisationen wichtig, um demokratische Strukturen und Verhaltensweisen zu fördern, um privatwirtschaftliche Initiativen zu verstärken, um die wirtschaftliche und soziale Situation zu verbessern und um die dort noch immer allgegenwärtige Armut zu reduzieren.

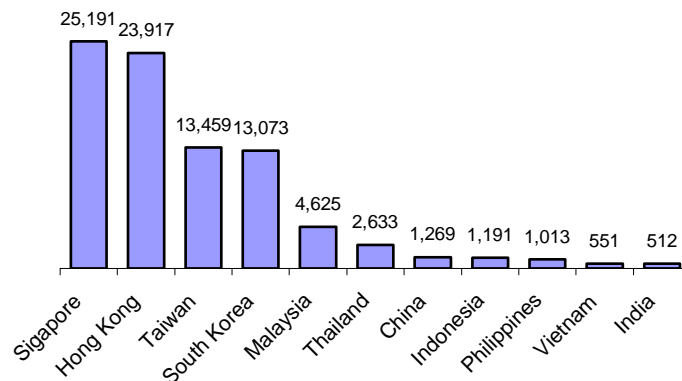
Rechtsstaatliche Strukturen sind unabdingbar für demokratische Gesellschaften und einen funktionierenden Staatsaufbau. Demokratische Regeln werden durch den Rechtsstaat festgelegt und garantiert. Rechtsstaatliche Grundsätze sind Voraussetzung für eine freie und selbstbestimmte persönliche Entwicklung und tragen zum sozialen Frieden bei. Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit sind notwendige Rahmenbedingungen für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Auch die Sozialistische Republik Vietnam hat sich zu diesen Grundsätzen bekannt und beabsichtigt, rechtsstaatliche und demokratische Strukturen aufzubauen. Vietnam hat die Menschenrechtskonventionen der UN unterzeichnet. Noch werden aber nicht alle Menschenrechte allen Menschen gewährt.

Gewaltenteilung im Sinne westlicher Demokratien existiert in Vietnam noch nicht. Der Führungsanspruch der KPV ist in der Verfassung festgeschrieben. Noch immer ist die Justiz deutlich der KPV nachgeordnet. Einige korrupte Mandatsträger und viele Parteikader, einschließlich hochrangiger Funktionäre, sind aber in publikumswirksamen Prozessen auf der Grundlage der bestehenden Rechtsordnung verfolgt und verurteilt worden. Die „private Nutzung“ von Amt und Mandat, begünstigt durch bestehende politische, rechtliche und verfahrensmäßige Schlupflöcher, ist häufig. Laut Transparency International gilt Vietnam als zweitkorruptestes Land in Südostasien. Die Korruption soll nun zunehmend durch eine intensivierete parteiinterne Kontrolle erschwert werden. Sollte der Kampf gegen Korruption und Überbürokratie nicht gewonnen werden, könnte das ein erhebliches Investitionshemmnis werden. Wird der Kampf gegen die Korruption nicht gewonnen, steht die Glaubwürdigkeit der Partei und des politischen Systems auf dem Spiel.

Die Gewährleistung der bürgerlichen Freiheitsrechte hat sich in den letzten Jahren gravierend verbessert, ist aber weiterhin nur partiell gegeben. Die Unterdrückung ethnischer Minderheiten ist noch evident. Die staatliche Toleranz gegenüber religiösen Vereinigungen nimmt stark zu, ist jedoch weiterhin selektiv. Insgesamt bleibt das verfassungsmäßige Recht auf freie Religionsausübung eingeschränkt. Die Meinungs- und Pressefreiheit ist nur in Ansätzen verwirklicht: Veröffentlichungen unterliegen staatlicher Zensur. In China kontrollieren 30.000 Personen das Internet. Zahlen zu Vietnam sind dem Verfasser nicht bekannt.

Politische Meinungsäußerungen außerhalb des Parteikonsenses, sind weiterhin riskant und können mit Berufsverbot und Gefängnisstrafen verfolgt werden. Zu beobachten ist allerdings, dass Zeitschriften in wirtschaftlichen Fragen zunehmend offene Kritik üben (und üben dürfen). Die Möglichkeit, Grundrechtsverletzungen durch staatliche Akteure gerichtlich einzuklagen, besteht praktisch nur dann, wenn im Einzelfall ein politisch-erzieherisches Interesse der KPV an der Aufklärung besteht. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen verlaufen Verfahren vor vietnamesischen Gerichten häufig unfair.

2004 nominal GDP per capita (US\$)



Ausblick:

In Vietnam sind in den nächsten Jahren weitere erhebliche Veränderungsprozesse zu erwarten. Durch die Öffnung und Modernisierung der Wirtschaft, die Integration in die Weltwirtschaft, Modernisierungsprozesse, z.B. in der Landwirtschaft und Änderungen in der Bevölkerungsstruktur, sind erhebliche Umstrukturierungen in Staat, Gesellschaft und im politischen System zu erwarten. Vietnam wird, durch diesen strukturellen, gesellschaftlichen und sozialen Wandel, vor große Herausforderungen gestellt sein und sollte Lösungsansätze und Programme dafür vorbereiten.

Umstrukturierung Vietnams (Beitrag zum BSP) vom Agrarland zum Land der Industrie und der Dienstleistungen			
Sektoren	1998	2005	2010
Industrie/Bau	21,6 %	41,0 %	43 %
Landwirtschaft	46,3 %	20,5 %	16 %
Dienstleistungen	33,1 %	38,5 %	41 %

In den nächsten fünf Jahren wird die Bevölkerung Vietnams von derzeit 83 Millionen auf über 88 Millionen ansteigen. Im Jahr 2020 werden mehr als 110 Millionen Menschen in Vietnam leben. Vietnam hat ein Bevölkerungswachstum von über einer Million Menschen jährlich. Das heißt, dass jährlich eine Million mehr Kinder zur Schule gehen werden und dass eine Million zusätzlicher Menschen einen Job und Einkommen brauchen. Aus dieser Tatsache lässt sich ableiten, wie viel zusätzliche Bildungs-, Gesundheits-, Verkehrsinfrastruktur benötigt wird. Selbstverständlich brauchen die Menschen auch Wohnungen und sind Konsumenten verschiedener Güter, die bereitgestellt werden müssen.

Die vom Strukturwandel ausgelöste Landflucht (eine Million Menschen pro Jahr) wird viele Städte vor große Probleme stellen: Zusätzliche Arbeit wird in den Städten nachgesucht werden, zusätzliche Wohnungen werden benötigt, zusätzlicher Verkehr wird erzeugt. Wasserkonsum, Abwasseranfall und Müllprobleme werden steigen. Gerade die großen Konglomerate wie HCMC und Hanoi werden enorme Zuwanderungen bewältigen müssen.

Durch die Migration in die Städte lösen sich die traditionellen Familienverbände. Berufliche Mobilität und beruflicher Aufstieg hängen eng mit dem Wechsel des Wohnortes zusammen. Die bisher auf verwandtschaftlicher Ebene geknüpften sozialen Netze lösen sich langsam auf und sollten durch neue soziale Systeme ersetzt werden.

Eine erhebliche Verhaltensänderung der Menschen ist zu beobachten: Der den Traditionen verbundene, bäuerlich denkende und handelnde Vietnameser wandelt sich derzeit zu einem verstärkt als Unternehmer agierenden Menschen. Ländlich geprägte Verhaltensweisen wandeln sich langsam in städtische Verhaltensweisen um.

Schon heute zeichnen sich erhebliche sozioökonomische Disparitäten in Vietnam ab, die zu weiteren Spannungen in der Gesellschaft führen dürften. Wirtschaftliche Zentren wie der Großraum Saigon ziehen weitere Wirtschaftskraft an und bieten Einkommen (im Großraum von Ho Chi Minh City werden heute bereits 40 % des BSP von Vietnam erzeugt), während andere Gebiete wie die Bergregionen (hier werden nur wenige Investitionen getätigt), in welchen ethnische Minderheiten von agrarischer Produktion leben, als Armutszonen verbleiben.

Mit solchen wirtschaftlichen Entwicklungen gehen soziale Disparitäten Hand in Hand: Während in ländlichen Regionen noch immer 35 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, sind es im Landesdurchschnitt nur noch 24 %. Die überwiegende Zahl der Stadtbewohner konnte signifikante Einkommensverbesserungen erzielen, eine Minderheit der städtischen Bevölkerung besitzt schon größeres Eigentum. Eine weitere Zunahme der sozialen Disparitäten birgt gesellschaftliche Konflikte in sich und sollte auf alle Fälle vermieden werden. Gezielte Armutsminderung und soziale Ausgleichsprogramme werden zunehmend wichtiger.

Über 50 % der Bevölkerung leben noch immer von Landwirtschaft und Fischerei. Außer der Grundschule gibt es für diese Menschen kaum Möglichkeiten, sich weiterzubilden. Auch in den Städten gibt es kaum berufsbildende Schulen. Viele Menschen, die aus dem ländlichen Raum abwandern, verdienen ihren Unterhalt als Bauarbeiter, Haushaltshilfen oder Hilfskräfte. Vietnam hat bisher zu wenig ausgebildete Fachkräfte. Noch haben zu wenige Menschen die Möglichkeit, einen qualifizierten und anspruchsvollen Beruf zu erlernen. Mit der Integration Vietnams in die Weltwirtschaft werden gut ausgebildete Fachkräfte benötigt, um höherwertige Produkte bei hoher Quantität mit gleichbleibender Qualität zu erzeugen. Das System einer dualen Berufsausbildung könnte helfen, den

Facharbeitermangel zu beheben. Viele Unternehmer beklagen auch, dass die Managementleistungen vieler Führungskräfte auf mittlerer und gehobener Ebene nicht ausreichend sind. Auch hier ist zusätzliches *Know-how* anzubieten, um international bestehen zu können.

Die sozioökonomische Entwicklung und der wirtschaftliche Wandel des Landes dürften sich in Zukunft, auch durch die zunehmende Integration in die Weltwirtschaft, dramatisch forcieren. Die Außenwirtschaftsbeziehungen werden sich intensivieren, das Wirtschaftswachstum dürfte weiterhin insgesamt jährlich um rund 8 – 9 % steigen. Die Notwendigkeit von weiteren wirtschaftlichen und insbesondere politischen Reformen wird sich erhöhen, um die absehbaren Veränderungen gestalten zu können. Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und das politische System müssen sich dadurch langfristig weiter dramatisch verändern.

Herausforderungen:

Der für die nächsten Jahre absehbare Wandel in Vietnam birgt eine Reihe von Herausforderungen:

- *Strukturwandel bedeutet Humankapitalintensivierung.*
Wer längerfristig erfolgreich sein will, muss gut ausgebildete Studenten, Wissenschaftler und Arbeitskräfte haben, da die Qualitätsanforderungen enorm steigen werden.
- *Strukturwandel verstärkt die gesellschaftliche Ungleichheit.*
Die Einkommensverteilung wird sich weiter dramatisch verändern: Zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern, zwischen Beschäftigten in formalen und in informalen Sektoren, zwischen städtischen und ländlichen Regionen wird eine wachsende Ungleichheit entstehen. Ausgleichsprogramme werden notwendig, um entstehende Konflikte einzudämmen.
- *Strukturwandel führt zu Arbeitskräftewanderungen.*
Viele Beschäftigte und vor allem Arbeitslose werden vom Land in die Städte und aus schrumpfenden in expandierende Wirtschaftssektoren wandern. Je mehr der Markt die Arbeitskräfteallokation übernimmt, desto wichtiger wird es, diese Fluktuationsbewegungen durch arbeitsmarkt-politische Maßnahmen zu unterstützen.
- *Strukturwandel verstärkt die regionale Ungleichheit.*
Nicht nur sektoral und personal finden ungleichgewichtige Veränderungen statt, sondern auch zwischen den einzelnen Provinzen oder Regionen werden die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zunehmen (Boomregionen in den Ballungszentren und Armutsregionen in den ländlich geprägten Bergregionen).

- *Strukturwandel erhöht den sozialen Sicherheitsbedarf.*
Mit dem Übergang von einer sozialistischen auf eine marktwirtschaftliche Produktionsweise und von archaischen ländlichen Produktionsweisen im Familienverband auf verstärkt technisierte und modernisierte Abläufe muss auch das gesamte Netz der sozialen Sicherung neu konstruiert werden. Vor allem im Bereich der sozialen Sicherung von Unterbeschäftigten und Arbeitslosen wird ein großer Nachholbedarf entstehen. Probleme sind aber auch im Bereich der Sicherung bei Krankheit und im Alter zu erwarten.
- *Veränderte Strukturen und veränderte Verhaltensweisen erzeugen neue Konfliktfelder und fordern die Politik heraus, Lösungsansätze zu entwickeln.*
Diese Lösungsansätze sind nicht nur im Bereich der Wirtschaft zu suchen. Neben einer sozial ausgewogenen Marktwirtschaft, werden demokratische und rechtsstaatliche Strukturen zunehmend bedeutender.